

Niederschrift HFA/VII/26

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Rosendahl am 18.03.2009 im Sitzungszimmer des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Niehues, Franz-Josef Bürgermeister

Die Ausschussmitglieder

Branse, Martin

Fliß, Thomas

Haßler, Christa

Kuhl, Horst

ab TOP 1 ö.S.

Löchtefeld, Klaus

Neumann, Michael

Reints, Hermann

Schulze Baek, Franz-Josef

Vertretung für Herrn Ralf
Steindorf

Söller, Hubert

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich

Allgemeiner Vertreter

Fuchs, Maria

Schriftführerin

Als vortragender Gast zu TOP 2 ö.S.

Fehr, Rik

Sachgebietsleiter Straßen-
planung Kreis Steinfurt

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Steindorf, Ralf

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:05 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues eröffnete um 19.00 Uhr im Sitzungssaal die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Er begrüßte die Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörer sowie Frau Dircks von der Allgemeinen Zeitung. Darüber hinaus begrüßte er Herrn Rik Fehr vom Kreis Steinfurt.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 9. März 2009 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung appellierte er im Hinblick auf Äußerungen von Ausschussmitgliedern in den letzten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Schul- und Bildungsausschusses, die teilweise zu Betroffenheit und Reaktionen geführt hätten, an die Ausschussmitglieder, sachlich zu diskutieren. Er werde zukünftig verstärkt auf Sachlichkeit achten und ggf. eingreifen.

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse.

Ausschussmitglied Reints wies darauf hin, dass im letzten HFA-Protokoll vom 12.02.2009 eine Äußerung des Fraktionsvorsitzenden Weber nicht richtig wiedergegeben worden sei. So habe Herr Weber im Rahmen der Diskussionen zum Tagesordnungspunkt 4 nicht gesagt, dass Frau Roters als Moderatorin nicht unbefangen sei. Herr Weber befürworte ausdrücklich Frau Roters als Moderatorin. Er beantrage daher, das Protokoll entsprechend zu korrigieren.

Bürgermeister Niehues sagte eine Protokollkorrektur zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

2 Vorstellung der Planungen für den Bahntrassenradweg "Nördliches Münsterland" (Coesfeld - Steinfurt - Rheine) Vorlage: VII/821

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage. Er begrüßte Herrn Rik Fehr, Sachgebietsleiter Straßenplanung bei der Kreisverwaltung Steinfurt.

Zunächst präsentierte Allgemeiner Vertreter Gottheil die Planung von ST-Freiraum „Bahnfrei für's Rad grüner Strecken NRW“ – Billerbeck – Steinfurt – Rheine – aus dem Jahre 2007, die seinerzeit bereits im Bahnhof Darfeld ausführlich vorgestellt worden war.

Anschließend stellte Herr Fehr anhand einer Präsentation die Ausbauplanung für den Bereich der Gemeinde Rosendahl mit der Darstellung der Verknüpfungspunkte vor und gab einen Sachstandsbericht zu den einzelnen Bauabschnitten. Ferner stellte er die Förderung und die Zeitschiene für den II. und III. Bauabschnitt im Einzelnen dar.

Hinweis:

Die gesamte Präsentation ist im Internet der Gemeinde unter der Rubrik „Touristik & Freizeit / Rad(rund)wege“ abrufbar.

Daran anschließend informierte Herr Fehr die Ausschussmitglieder über den gemeinsamen Förderantrag aller beteiligten Kommunen für die NRW-Stiftung für linienbezogene Ausstattungsmerkmale bzw. –gegenstände wie Bänke, Beschilderung, Fahrradständer, Infotafeln, Gittermasten, Grenzsteine usw..

Verständnisfragen der Ausschussmitglieder wurden durch Herrn Fehr bzw. durch Herrn Gottheil beantwortet.

Auf Hinweis von Ausschussmitglied Haßler, dass es in Darfeld bereits eine Schlossallee gebe, erläuterte Herr Fehr, dass der Name „Schlossallee“ dadurch entstanden sei, weil der Bahntrassenradweg mehrfach die 100-Schlösser-Route kreuze. Der Name „Schlossallee“ stelle derzeit einen Arbeitstitel dar; über den endgültigen Namen werde im Rahmen des Marketingkonzeptes entschieden.

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete sodann über die ersten Überlegungen zur Gestaltung des Bahnhofumfeldes Darfeld. Neben einer großen Terrasse seien ein Kinderspielplatz, eine fußläufige Anbindung an die Wohnsiedlung „Spielberg“ sowie einige Rosenbeete angedacht. In diesem Bereich sollen auch die Bahngleise wieder sichtbar gemacht werden. Eine Planung sei in Auftrag gegeben und werde zu gegebener Zeit vorgestellt.

Auf Nachfrage vom Ausschussmitglied Fliß teilte Bürgermeister Niehues mit, dass der Heimatverein Darfeld zukünftig gezielt in die Planung des Bahnhofumfeldes eingebunden und beteiligt werde. Der Heimatverein solle Ideen mit einbringen können.

Allgemeiner Vertreter Gottheil schlug vor, die zuvor gezeigte Präsentation ggf. auch in der Generalversammlung des Heimatvereins vorzustellen.

Eine Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgte nicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3 Abschluss einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit des Kreises und der kreisangehörigen Kommunen zur strategischen Steuerung der Regionalverkehr Münsterland GmbH sowie zur europarechtskonformen Bestellung von ÖPNV-Leistungen
Vorlage: VII/778/1

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Ergänzungsvorlage.

Ausschussmitglied Fliß fragte nach, ob es nunmehr sichergestellt sei, dass ortsansässige Unternehmer bei Vergaben berücksichtigt werden.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass der Kreis ÖPNV-Leistungen im Regelfall europaweit ausschreiben müsse. Er könne aber auch eine sog. Inhousevergabe an die RVM vornehmen, sofern die 4 Münsterland-Kreise und die Stadt Münster möglichst zu 100 %, mindestens aber über 75 % Gesellschafter der RVM seien. Wenn die Gesellschaft „beherrscht“ werde, sehe die EU-VO 1370/2008 eine Ausnahme von der wettbewerblichen Leistungsvergabe vor.

Die RVM erbringe die Fahrleistungen nur zu etwa 50 % mit eigenen Fahrzeugen und mit eigenem Personal, für die übrigen 50 % würden regionale Unternehmen

beauftragt. Die geplante Inhousevergabe fördere daher örtliche Unternehmer. Damit dieses aber rechtssicher möglich sei, müssten die Städte und Gemeinden ihre Anteile an der RVM an den Kreis veräußern.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Der im Entwurf vorliegenden und vom Kreistag des Kreises Coesfeld am 17. Dezember 2008 beschlossenen Vereinbarung zwischen dem Kreis Coesfeld und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden über die Zusammenarbeit zur strategischen Steuerung der Regionalverkehr Münsterland GmbH sowie zur europarechtskonformen Bestellung von ÖPNV-Leistungen wird zugestimmt.

Die Zustimmung gilt auch für eine geringfügige von dem vorliegenden Vertragsentwurf abweichende Fassung, sofern die Rechtsstellung der Gemeinde Rosendahl nicht wesentlich berührt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4 Festlegung der Variante für die Heizungsanlage für die Grundschule Darfeld Vorlage: VII/815/1

Bürgermeister Niehues verwies auf den durch Einladungsnachtrag eingeschobenen Tagesordnungspunkt sowie die hierzu vorliegenden Ergänzungsvorlagen.

Ausschussmitglied Neumann sprach sich für die WIR-Fraktion insbesondere aufgrund der nunmehr vorliegenden neuen Übersichten für eine Gasheizung aus. Er fragte nach, ob die Gemeinde an ihren derzeitigen Gasanbieter gebunden sei. Falls dies nicht der Fall sei, sollte die Verwaltung einen Preisvergleich mit anderen Gasanbietern durchführen.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte, dass in den in der Wirtschaftlichkeitsberechnung enthaltenen Gaspreis die monatliche Grundgebühr bereits enthalten sei. Die Gemeinde sei beim Gas vertraglich nicht langfristig gebunden. Lediglich für das Schulzentrum bestehe mit der RWE seit Jahren ein Sonderliefervertrag. Dieser sei etwas günstiger, verlange aber von der RWE die Bereithaltung der Spitzenlast.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass am heutigen Vormittag von 8 Kommunen im Kreis Coesfeld die Rahmenvereinbarung für die gemeinsame Strom- und Gasversorgung offiziell unterschrieben worden sei. In diesem Zusammenhang sei von den Bürgermeistern überlegt worden, ob man sich im Bereich der Strom- und Gasversorgung im Moment längerfristig binden solle. Hiervon sei jedoch abgeraten worden, da die Städte und Gemeinden sonst von ihrer eigenen Gesellschaft evtl. kein Gas abnehmen könne.

Ausschussmitglied Reints sprach sich für die Grüne-Fraktion für eine Gasheizung aus, da diese Gasheizung nach dem heutigen Stand der Technik die sinnvollste Entscheidung darstelle.

Bürgermeister Niehues bestätigte, dass aus rein wirtschaftlicher Betrachtung die Gasheizung zurzeit unschlagbar sei. Die Verwaltung habe jedoch beide Varianten vorstellen wollen. Die abschließende Entscheidung treffe der Ausschuss.

Ausschussmitglied Schulze Baek teilte für die CDU-Fraktion mit, dass sich diese angesichts der Wirtschaftlichkeitsberechnungen und aufgrund der Größe der Anla-

ge für eine Gasheizung entschieden habe.

Ausschussmitglied Söller sprach sich aufgrund des ökologischen Gedankens für eine Pellet-Heizung aus.

Fraktionsvorsitzender Branse wies darauf hin, dass über die Art des Brennstoffes diskutiert werde, ohne sich über die Zukunft des Gebäudes Gedanken zu machen. Da das Gebäude jedoch beheizt werden müsse, spreche sich die SPD-Fraktion für eine Gasheizung aus.

Ausschussmitglied Fliß regte an, über eine Gas-Kaskadenheizung nachzudenken.

Bürgermeister Niehues sagte zu, diese Anregung an Herrn Seeger weiterzuleiten.

Ausschussmitglied Kuhl verwies auf entsprechende Artikel in einschlägigen Fachzeitschriften, wonach heute keine Aussage getroffen werden könne, wie sich die Energiepreise in der Zukunft entwickeln werden. Fakt sei jedoch nach seiner Auffassung, dass die Entscheidung für eine Gasheizung falsch sei. Zum einen würden Wissenschaftler für die Zukunft etwas anderes prophezeien und zum anderen müsse man an die Umwelt denken.

Bürgermeister Niehues schlug vor, den Kamin im Rahmen des Umbaus der Aula so zu bauen, dass evtl. nach 15 Jahren, wenn die Gasheizung wieder erneuert werden müsse, ohne besondere Mehrkosten auch eine Pellet-Heizung angeschlossen werden könne.

Ausschussmitglied Kuhl unterstützte diesen Vorschlag. Die Mehrkosten für den Bau einer universalen Schornsteinanlage würden bei etwa 1.500 € liegen.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **geänderten Beschluss**:

Im Rahmen des Umbaus der Pausenhalle in der Grundschule Darfeld zu einer Aula wird die derzeitige Gasheizung durch eine neue Gasheizung ersetzt. Damit später eine Umstellung auf Pellets möglich ist, soll eine universale Schornsteinanlage eingebaut werden.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	8 Ja-Stimmen
	2 Nein-Stimmen

5 **Mitteilungen**

Mitteilungen lagen nicht vor.

6 **Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO**

6.1 **Äußerungen zur Schließung der Antonius-Grundschule Darfeld - Frau Haßler**

Ausschussmitglied Haßler wies bezugnehmend auf die diesbezüglichen Äußerungen im Rahmen der Beratung über die Heizungsanlage darauf hin, dass die Antonius-Grundschule in Darfeld nicht geschlossen werden solle.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die Grundschule in Darfeld so lange erhalten werden könne, wie mindestens 15 Geburten pro Jahr im Ortsteil Darfeld zu verzeichnen und damit Kinder einzuschulen seien.

Die SPD wolle die Schule in Darfeld nicht kaputt reden, so Fraktionsvorsitzender Branse. Dennoch müsse man die Frage stellen dürfen, ob man sich auf Dauer die Schule noch leisten könne, zumal laut Schulentwicklungsplan die Antonius-Grundschule ab dem Schuljahr 2012/2013 komplett einzügig sein werde.

6.2 Streuobstwiese an der Verbundschule Legden Rosendahl in Osterwick - Herr Söller

Ausschussmitglied Söller regte an, als Ersatz für die Bäume, die für den Neubau der Mensa gefällt werden müssen, hinter der Schule eine Streuobstwiese zu planen. Er könne sich das so vorstellen, dass die Verwaltung die finanziellen Mittel bereitstelle und die weitere Organisation bei der Schule liege. Die Aktion könnte als erstes Projekt der neuen Verbundschule durchgeführt werden.

Bürgermeister Niehues sagte zu, die Anregung zum Protokoll zu nehmen und an Herrn Enting weiterzuleiten. Evtl. sei es möglich, von der Naturfördergesellschaft Obstbäume oder einen Zuschuss zu bekommen.

7 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

Fragen von Einwohnern wurden nicht gestellt.

Anschließend wurde von 21.05 Uhr bis 21.15 Uhr eine Sitzungspause eingelegt.

Franz-Josef Niehues
Ausschussvorsitzende/r

Maria Fuchs
Schriftführer/in